PROTOKOLL DES GEMEINDERATES VON CHUR

Datum 30. Januar 2003

Dauer 16.00 - 17.50 Uhr

Anwesend

Präsident Gieri Derungs

Mitglieder	Dorina Attinger-Vincenz	Emilio Arioli
	Fred Bieler	Ernst Casty
	Barla Cahannes Renggli	Fritz Imholz
	Dr. Luca Tenchio	Reto A. Lardelli
	Urs Schädler	Christina Bandli
	Peter Suter	Beda Frei
	Andrea Ullius	Raimund Hächler
	Marco Willi	Thomas Hensel
	Peter Zürcher	Anna Ratti
	Eva Ködderitzsch	Sandro Steidle

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadtrat Martin Jäger
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Traktanden

1. Vereidigung eines neuen Gemeinderates
2. Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2002
3. Ersatzwahl in die Sozialkommission (Vertretung Bürgergemeinde)
4. Wahl der Redaktionskommission für 2003
5. Wahl der Geschäftsprüfungskommission und deren Stellvertretung für 2003
6. Sportanlage Obere Au – Sanierung Schwimmbecken im Freibad
7. Motionen Urs Schädler und Mitunterzeichnende sowie Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Oberstufenreform; Bericht
8. Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Unwetter in Graubünden vom 16./17. November 2002; Beantwortung
9. Interpellation Sandro Steidle und Mitunterzeichnende betreffend Telefonieren beim Autofahren; Beantwortung
10. Schriftliche Anfrage Christina Bandli zur Rückgabe der Sozialen Dienste an den Kanton; Beantwortung

1. Vereidigung eines neuen Gemeinderates

Thomas **Hensel** (SP) legt das Handgelübde ab.

2. Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2002

Das Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2002 wird mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

3. Ersatzwahl in die Sozialkommission (Vertretung Bürgergemeinde)

Als Nachfolger von Frau Riccarda Suter wird

- **Nutin Pedolin**

einstimmig als Vertreter der Bürgergemeinde in die Sozialkommission gewählt.

4. Wahl der Redaktionskommission für 2003

Der Gemeinderatspräsident und der Aktuar des Gemeinderates sind Mitglieder von Amtes wegen (Art. 53 Abs. 1 GO).

Von den Fraktionen werden als Mitglieder vorgeschlagen:

- **Reto A. Lardelli** (SVP)
- **Andrea Ullius** (FDP)

Abstimmung:

Die Vorgeschlagenen werden mit 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen gewählt.

5. Wahl der Geschäftsprüfungskommission und deren Stellvertretung für 2003

Von den Fraktionen werden als **Mitglieder** vorgeschlagen:

FDP:	Bruno Claus Peter Zürcher
SVP:	Fritz Imholz
CVP:	Luca Tenchio Constantin Theus
SP/La Verda:	Beda Frei Eva Ködderitzsch

Da nicht mehr Vorschläge eingereicht werden als Sitze zu vergeben sind, kann offen abgestimmt werden.

Abstimmung:

Die Vorgeschlagenen werden mit 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

Präsidium

Die FDP-Fraktion schlägt den bisherigen Präsidenten **Peter Zürcher** vor.

Abstimmung:

Peter Zürcher wird mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung als GPK-Präsident bestätigt.

Für die **Stellvertretung** schlagen die Fraktionen folgende Personen vor:

- **Christina Bandli** (SP)
- **Christian Durisch** (SVP)

Abstimmung:

Die vorgeschlagenen Stellvertretungen der GPK werden mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt.

6. Sportanlage Obere Au – Sanierung Schwimmbecken im Freibad

Mit Botschaft Nr. 1/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Die Sanierung der Schwimmbecken im Freibad mit Folienauskleidung und Trennsystem wird genehmigt und hierfür zulasten von Konto 34.501.16 ein Kredit von Fr. 1'093'000.-- (inkl. MwSt, Kostenstand Dezember 2002, +/- 10 %), bewilligt.
2. Die 1. Sanierungsetappe wird im Jahre 2003 ausgeführt, wofür ein Zahlungskredit von Fr. 557'000.-- (inkl. MwSt; +/- 10 %) beansprucht wird.

Das Geschäft ist sachlich unbestritten, doch wird die mangelhafte Budgetierung kritisiert. Man habe ihnen erklärt, dass eine Etappierung des Vorhabens ohne weiteres möglich sei, führt GPK-Mitglied **Imholz** aus. In der Budgetdebatte vom Dezember habe man über eine andere Variante diskutiert als jene, die jetzt vorliege. Er erkundigt sich zudem, wo die Mehrausgaben kompensiert werden.

Der **Stadtpräsident** räumt Fehler bei der Budgetierung ein, betont jedoch, dass die beantragte Lösung sachlich richtig ist. Die Mehrkosten von Fr. 187'000.-- könnten bei den Vorhaben „Ersatz Steuerung“ und „Wärmerückgewinnung“ kompensiert werden.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

7. Motionen Urs Schädler und Mitunterzeichnende sowie Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Oberstufenreform; Bericht

Einsitz nimmt Rechtskonsulent **Benz**.

Der Stadtrat beantragt, die beiden Motionen (Geschäft Nr. 2/2003) in folgendem Sinn zu überweisen:

1. Zur Oberstufenreform sei dem Gemeinderat nach Vorliegen des Detailkonzeptes zusammen mit der vorgesehenen Teilrevision des Schulgesetzes eine Botschaft zu unterbreiten.
2. Bezüglich Massnahmen als Folge einer eventuellen Abschaffung des Untergymnasiums sei dem Gemeinderat zu gegebener Zeit zu berichten und allfällig Antrag zu stellen.
3. Notwendige Erweiterungsbauten von Schulhäusern sind Gemeinderat und Volk gemäss den Finanzkompetenzen der Stadtverfassung zu unterbreiten.

Der **Gemeinderatspräsident** erklärt, dass unter diesem Traktandum keine materielle Diskussion über die Oberstufenreform geführt werden soll.

Nach Ansicht von Motionär **Schädler** macht der Stadtrat einen grossen Bogen um die entscheidende Forderung der FDP-Motion, nämlich diejenige nach einer Volksabstimmung. Die vom Stadtrat in Aussicht gestellte Mitsprache, etwa via Volksabstimmungen über Erweiterungsbauten von Schulhäusern, stünde unter einem gewissen Sachzwang, weil deren Ablehnung das Gesamtwerk der Oberstufenreform zu Fall bringen könnte. Die FDP wolle, dass zuerst eine Diskussion über das Modell geführt werde. Diese bedinge Aufschluss über Auswirkungen in pädagogischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht.

Motionär **Tenchio** betrachtet eine politisch breit abgestützte Zustimmung zur Reform als Bedingung für deren Umsetzung. Entsprechend der Wichtigkeit der Oberstufenreform für die Churer Jugend lasse sich eine Verankerung in einem Gesetz im formellen Sinne rechtfertigen; Details seien am besten in einer Ausführungsverordnung zu regeln, um Änderungen rasch Rechnung tragen zu können. Was die finanziellen Konsequenzen anbelange, so sei es wichtig, gleichzeitig über die materiellen und die finanziellen Aspekte befinden zu können. Er sei mit Motionär Schädler in den genannten Punkten einig, und sie stellten deshalb folgenden, gemeinsamen

- **Antrag**

1. *Der Stadtrat unterbreitet nach Vorliegen des Detailkonzeptes und vor der definitiven Umsetzung der Oberstufenreform dem Gemeinderat und der Stimmbürgerschaft Botschaft und Antrag zu einer entsprechenden Änderung des Schulgesetzes sowie zu den mit der Umsetzung der Reform verbundenen finanzwirksamen Beschlüssen. Die sich aus der Teilrevision des Schulgesetzes ergebenden Ausführungsvorschriften sind dem Gemeinderat gleichzeitig in einer gemeinderätlichen Ausführungsverordnung zum Schulgesetz zu unterbreiten.*
2. *Bezüglich Massnahmen als Folge einer eventuellen Abschaffung des Untergymnasiums sei dem Gemeinderat zu gegebener Zeit zu berichten und allfällig Antrag zu stellen.*

Dem Antrag wird entgegengehalten, es gelte heute nicht, eine Zuständigkeits-Debatte zu führen. Der Kanton habe im Gesetz bereits das Wichtigste festgelegt. Der Schulrat sei vom Volk gewählt, und der Gemeinderat sei nicht das Gremium,

um über die Typenwahl zu befinden. Andererseits wird eingewendet, dass sich der Schulrat aus pädagogischen Überlegungen für das Modell C entschieden habe, ohne jedoch finanzielle Überlegungen anzustellen. Genau über diese Konsequenzen wolle man aber Aufschluss.

Der Schulrat befasse sich bereits seit rund 5 Jahren intensiv mit der auf kantonaler Ebene initiierten Oberstufenreform, führt **Stadtrat Jäger** aus. Die Wahl des Modells C stütze sich primär auf pädagogische Überlegungen. Das Ziel könne kurzgefasst so definiert werden: In der Sekundarstufe 1 sollen möglichst wenig Kinder und Jugendliche überfordert und ebensowenig Kinder und Jugendliche unterfordert sein. Homogenere Lerngruppen förderten die Leistung. Erfreulich sei für ihn festzustellen, dass das Modell C im Rat grundsätzlich kaum bestritten sei. Drei Wege führten zum Ziel: Revision Schulgesetz, gemeinderätliche Verordnung oder der Antrag des Stadtrates, der von einer grundsätzlichen Kompetenz des Schulrates ausgehe. Der Weg, welcher mit dem Antrag Schädler/Tenchio beschriftet werden solle, sei ebenfalls machbar, auch wenn der Stadtrat aufgrund seiner rechtlichen Abklärungen zu einem anderen Schluss gelangt sei. In allen Bündner Gemeinden, die bisher die Modellwahl vorgenommen hätten, habe der Schulrat allein entschieden. Was also in anderen Gemeinden richtig war, könne in Chur sicher nicht falsch sein.

Die Kompetenz für die Modellwahl könne nicht beim Schulrat liegen, weil dies gegen das Legalitätsprinzip verstiesse, führt **Lardelli** aus. Die Frage stelle sich auch, ob man überhaupt eine Revision wolle.

Abstimmung:

Der Antrag Schädler/Tenchio obsiegt mit 15 gegen 6 Stimmen über den Antrag des Stadtrates.

Schlussabstimmung:

Mit 14 gegen 7 Stimmen wird der Antrag Schädler/Tenchio als Motion **überwiesen**.

8. Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Unwetter in Graubünden vom 16./17. November 2002; Beantwortung

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Stadtrates (Geschäft Nr. 3/2003) als grundsätzlich befriedigt.

9. Interpellation Sandro Steidle und Mitunterzeichnende betreffend Telefonieren beim Autofahren; Beantwortung

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Stadtrates (Geschäft Nr. 4/2003) als nicht befriedigt. Er hätte mehr Substanz erwartet und es gelte, der Bagatellisierung des „Natelierens“ entgegenzutreten.

Der Stadtpräsident nimmt Stellung zu den Ausführung des Interpellanten.

10. Schriftliche Anfrage Christina Bandli zur Rückgabe der Sozialen Dienste an den Kanton; Beantwortung

Frau **Bandli** zweifelt, ob es bis Ende Jahr möglich sein wird, eine „win-win“-Situation für alle Beteiligten zu schaffen, da es sich um ein komplexes Thema handle. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müsse bis spätestens im August Klarheit herrschen, wie es weitergehe.

Stadtrat Jäger verweist auf die Zusage von Regierungsrat Schmid, bis Ende März einen Grundsatzentscheid zu fällen. Im übrigen teilt er die Einschätzung von Frau Bandli.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang folgender parlamentarischer Vorstösse bekannt:

- Postulat Eva Ködderitzsch und Mitunterzeichnende zur sparsamen Verwendung von Papierrohstoffen in der Verwaltung
- Postulat Peter Suter und Mitunterzeichnende zu den Finanzen der Stadt Chur

Im Anschluss an die Sitzung lädt der Gemeinderatspräsident die Mitglieder des Gemeinde- und Stadtrates mit Begleitung zum Nachtessen in die ehemalige Frauenschule ein.

Chur, 21. Februar 2003

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder